

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13003. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 8gespaltene Beizeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der sozialdemokratische Parteitag für Preußen wurde am Mittwoch nach einem Referat des Genossen Liebknecht über die Verwaltungsreform und nach Ablehnung eines Antrages auf Einsetzung eines preussischen Landesvorstandes geschlossen.

Das Wolffsche Bureau verbreitet eine offizielle Rechtfertigung der Goshin-Färbungsmethode.

Herr Dernburg will seine südwestafrikanische Diamantenpolitik durch eine zusammenfassende Druckschrift in der Öffentlichkeit vertreten.

Der griechische Königspalast in Athen ist „zufällig“ abgebrannt.

Ums preußische Wahlrecht.

Leipzig, 7. Januar.

Trotzdem der preußische Parteitag eine schier überreiche Tagesordnung zu erledigen hatte, die die verschiedensten Probleme der preussischen Politik betraf, gruppierte sich doch alles, wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt, um die Kernfrage der preussischen Wahlrechtsreform. Alle andern Punkte, die Verhandlungen über das Kommunalprogramm ebenso wie vor allem das prächtige Referat Liebknechts über die Verwaltung Preußens, bezogen sich auf den Wahlrechtskampf und erhielten ihren aktuellen Charakter erst dadurch, daß sie Material boten zur praktischen Agitation, zur Ausrüstung der Massen. Es ist möglich, daß die nüchternen praktischen Gesichtspunkte, unter denen diese Probleme betrachtet wurden, der bürgerlichen Presse Anlaß geben zu dem beliebigen Gerede, daß es der Partei ja gar nicht um diese Probleme selber, um die Besserung des Kommunal- oder Verwaltungswesens zu tun sei, daß sie diese Dinge vielmehr lediglich für ihre „Verkehrszwecke“ brauche und nur insoweit sich für sie interessiere, als sie Stoff zur „Massenverehrung“ liefern. Wenn damit gesagt sein sollte, daß sich die Sozialdemokratie nicht um die Dinge „an sich“ kümmere, losgelöst von allen praktischen Gesichtspunkten der Politik, so wie man etwa, um mit Lessing zu reden, das Gute tun soll, weil es das Gute ist, so könnte sich die Partei diesen Vorwurf allerdings mit größter Seelenruhe gefallen lassen. In der Politik treibt man nichts um seiner selbst willen, sondern um eines bestimmten Ziels willen. Das wußte auch Bismarck. Als der einst einen seiner Leute ins Ausland sandte zur Berichterstattung über die dortigen Verhältnisse, gab er ihm die Instruktion mit auf den Weg: „Daß Sie mir aber nachher nicht mit einer allgemeinen wissenschaftlichen Abhandlung über die historische, wirtschaftliche und geo-

graphische Vergangenheit des Landes kommen. Doktorarbeiten kann ich nicht brauchen. Es handelt sich um praktische Ziele.“ So bezieht auch die Sozialdemokratie alles auf ihr großes praktisches Ziel, auf die Eroberung der Staatsgewalt und auf die Vorbedingung dazu, auf die Agitation, auf die Aufklärung der Massen. Das ist die „positivste“ Mitarbeit, die sie treiben kann. Zu diesem Zwecke bekümmert sie sich um Kommunalpolitik, zu diesem Zwecke auch um die Verwaltung des preussischen Staats.

Und hier nun allerdings steht die Sozialdemokratie ihrem Todfeinde Auge in Auge gegenüber. Nicht etwa, daß das Junkertum, wie man wohl häufig sagt, der eigentliche Feind der Arbeiterklasse sei. Davon kann keine Rede sein. Der eigentliche Feind des Proletariats ist und bleibt die kapitalistische Produktionsweise, und alle Klassen, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Aber innerhalb dieser Klassen bestehen gewisse Unterschiede von Macht und Einfluß. Auch der sogenannte Mittelstand ist ein Gegner der Sozialdemokratie, trotzdem es keinem einfallen, im Mittelstand den gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse zu erblicken. Dazu ist er viel zu einflußlos. Die einflußreichste Klasse des kapitalistischen Deutschland aber ist sonder Zweifel das Junkertum. Die Junker, die sich selber gern die Triarier des Königs von Preußen nennen, sind in Wahrheit nur die Triarier des preussischen und damit des deutschen Kapitalismus. Sie beherrschen den Staat, die Verwaltung wie das Heer, und da sie selber aus den wirtschaftlich rückständigsten Distrikten Preußens stammen, verwalten sie den Staat nach den Grundsätzen, von denen sie sich bei der Verwaltung ihrer Rittergüter leiten lassen. Sie bilden die Schutztruppe der wirtschaftlich aber nicht politisch maßgebenden Bourgeoisie, zu der sie im gleichen Verhältnis stehen, wie ein Zuhälter zu seiner Dirne. Er beschützt sie und sie hält ihn dafür aus. Die ungezählten Millionen, die die Bourgeoisie dem Junkertum in Gestalt von Getreidezöllen, Fleischzöllen, Liebesgaben usw. jahraus, jahrein in den Schoß wirft, sind nichts andres, als die Kosten dieses echt kapitalistischen Verhältnisses. Und daß das Junkertum mit alledem nicht zufrieden ist und immer mehr erpresen will, daß es der Bourgeoisie zuweilen eins, wie lust bei der Reichsfinanzreform, in die Zähne schlägt, auch das erklärt sich aus dem zarten Verhältnis, in dem diese beiden Klassen zueinander stehen.

Aus diesem Verhältnis erklärt sich zugleich, wie possesshaft der Gedanke ist, etwa mit Hilfe der liberalen Bourgeoisie das Junkertum niederwerfen zu wollen. Nein! Wenn Preußens Proletariat den Kampf gegen das preussische Junkertum aufgenommen hat, so weiß es, daß es diesen Kampf völlig allein durchzuführen hat, und nichts hat uns mehr gefreut, als daß in den gesamten Verhandlungen des preussischen Parteitags auch nicht ein Wort gefallen ist, das etwa im Sinne der sogenannten sozialistischen Monatshefte hätte gedeutet werden können. Der Kampf ums preussische Wahlrecht ist zu gewaltig, entfesselt zu sehr alle Gegenkräfte der Gesellschaft,

verlangt zu laut von jedem einzelnen entschiedene Stellungnahme, als daß man es hier mit den kleinlichen Mitteln des Diplomatisierens und der Staatsmännerei versuchen könnte. Wenn Preußens Proletariat mit nerviger Faust auf den Tisch schlägt, dann müssen alle Klappen tanzen, dann lernen Messer, Gabel und Teller das Fliegen, und mit einem Schlage ist tabula rasa, ist reiner Tisch gemacht, und die rauhe Frage des Klassenkampfes, erst einmal in ihrer vollen brutalen Schärfe gestellt, wird von erfrischend-kärende Wirkung auf die Illusionspolitiker haben wie drüber sein.

Und dieser Kampf ist nun ergangen. Mit dem festen Gelöbnis der preussischen Sozialdemokratie, den Kampf ums Wahlrecht in Preußen aufzunehmen, ist nicht nur Preußen, ist das gesamte Reich in seine große innere Krisis eingetreten. Das bedeutet nicht etwa eine Ueberschätzung des Parlamentarismus, von der wir uns heute noch ebenso frei fühlen wie 1903 nach den Reichstagswahlen. Wir wissen ja alle, daß das Ziel dieses Wahlrechtskampfes nicht etwa in einigen armseligen Seiten des preussischen Abgeordnetenhauses besteht, sondern eben in der Niederwerfung der gesamten Junkerherrschaft, von der die Rede des Genossen Liebknecht ein ebenso wahres wie empörendes Gemälde lieferte. Dieses Ziel kann nicht bloß auf parlamentarischem Wege erreicht werden, eben weil die Macht des Junkertums keineswegs bloß im Parlament seinen Sitz hat. Hier müssen alle Quellen proletarischer Macht springen, und was die Niederwerfungsstrategie nicht erreicht, das muß die Ernährungsstrategie erreichen. Am langsamsten Feuer gilt es den Feind zu rösten, alle Vorteile gegen ihn auszunützen. Auch die Vorteile der internationalen Lage. Wir alle wissen, wie belebend die Luft war, die 1905 und 1906 aus Rußlands Steppen zu uns herüberwehte. Solche Situationen lassen sich nicht schaffen, wohl aber lassen sich Schwierigkeiten der deutschen Reichsform mit dem Ausland gegenüber zu Konzessionen auf dem Gebiet der inneren Politik ausnützen, wenn es nur eben in der inneren Politik nie zur Ruhe kommt. Hier gilt es rastlos zu wählen und zu hegen.

Dem Gegner aber rufen wir zu: wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch! Vorwärts!

Aus dem Stadtverordnetensaale

Sitzung vom 5. Januar 1910.

Der Vorsitzende Dr. Nothe eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Begrüßung der Mitglieder des Kollegiums und gedachte mit einigen Worten der wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres. Dann gab er einen kurzen Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Kollegiums und der Ausschüsse. Es wurden 38 Plenarsitzungen und zwei gemeinsame Sitzungen mit dem Ratkollegium abgehalten. Die Registratorie wies 1515 Eingänge auf. Ausschusssitzungen wurden 203 abgehalten gegen 282 im vorhergehenden Jahre. Die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse verteilte sich wie folgt:

Seuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Kröger.

4) Nachdruck verboten.

Zweites Kapitel.

Ob Hinnerk mitn Fedderbüdel das, was seine Kühe unterwegs vergeuden, sonst auffammeln ließ, bleibe dahingestellt. An dem Tag, als er vor dem Justizrat am Hechtar den Dedel lüftete, hat er es nicht getan, an dem Tag schob er, als der letzte Kuhschwanz hineingezählt worden war, und die Milchmädchen mit Eimern und Reßeln zur Melkenregel hinübertrasteten, die Karre auf die Hofstelle und ging in seine Wohnstube.

Seine Frau, die, wenn nötig war, beim Melken mit zugriff, war dabei, sich dafür zurechtzumachen. Aber Hinnerk sagte: „Na, Maleen! Bad bishen auf und mach schter! Kloß acht kommt der Justizrat zu Peter, ich muß ihn reinnötigen.“

„So,“ erwiderte seine Frau, „er kommt also wirklich. Das gibt viel Kosten, und Stempel.“

„Wat wesen mot, mot wesen,“ antwortete Hinnerk.

Maleen tat, wie ihr geheißen worden war, packte auf und nahm allerlei Schürzen und Unterröcke, die an den Wänden hingen, weg und trug sie nach der Kammer. Mit einem Fahrstuhl lehrte sie zurück und fing an zu wischen. Sie war eine rund — zu rund gewordene Frau, sprach mit müder Zunge und ging mit fallendem Schritt, hatte schwarzes, volles Haar und braune, müde Augen. Einstmals hatte sie gut ausgesehen, die schön geschwungenen Brauen, ein in dem immer verkleinerten Bild zurück-

gebliebenes Etwas sprach dafür, und die Hautfarbe war noch jezt frisch und rein.

„Je, Hinnerk, entgegnete sie und trug ihres Mannes Sonntagshose, die hinter dem Ofen gehangen hatte, ebenfalls hinaus, „mot dat würkli wesen?“

Darauf antwortete Hinnerk nicht mehr.

Hinnerk Schmidt hatte keine Nachkommenschaft, er und Maleen waren Bruder- und Schwesterkinder, sie hatte ihm den Hausstand geführt. Geheiratet hatte er sie erst, als ihm die ärgerliche Geschichte mit der Rühmann-dirne passiert war. Die Rühmann hatte bei ihm als Mädchen gedient. Sinnlich und sittlich hatte Hinnerk sich immer in Schranken gehalten, für die vollblütige Rühmann hatte er nun gar nichts übrig gehabt, aber das mannstolle Frauenzimmer war in seine Stube gekommen.

Neber alle Augenblicke, seines Lebens glaubte er einigermaßen vor Gott und vor sich selbst bestehen zu können, jener Stunde schämte er sich vor Grund aus, und seine Scham kannte keine Grenzen, als er schließlich über die letzten Gründe der Rühmann ins Klare gekommen war. Aber da half es denn nicht, da zog er, um so wenig wie möglich bei der schmutzigen Geschichte genannt zu werden, um, soweit es möglich war, bei sich selbst sofort von der Sache loszukommen, da zog er den Beutel und legte der alten Rühmann, die übrigens eine wahre Megäre war und wie eine Megäre die aus der Lederlichkeit ihrer Tochter erwachsenden Ansprüche vertrat, der legte er hianke tausend Mark auf den Tisch und ließ dafür einen Schein unterschreiben, daß sein Name bei der Sache nicht genannt werden solle. Einen solchen Schein stellt Hinnerk für rechtsverbindlich, die beiden Damen Rühmann glücklicherweise auch.

Es ist eine böse Sache gewesen, sie hat aber gute Folgen gehabt. Als Hinnerk um Taufend leichter aus der Rühmannkate zurückkehrte, ging er in die Kammer seiner Haushälterin Maleen, erzählte ihr offen, was geschehen sei, und fragte sie, ob sie seine Frau werden wolle.

Da dauerte es nicht lange, und Hinnerk mitn Fedderbüdel stand unter eheweiblichem Schuß.

Hinnerk hatte auf Maleens Frage, ob es wirklich sein müsse, nicht geantwortet, das war seine Gewohnheit, wenn ein Einwurf zu überlegen war. Seine Frau wußte das und nahm sein Schweigen nicht übel. Sie wischte in der Stube herum und wischte weiter, als Hinnerk Schmidt nach seiner Mühe griff.

„Wullt röver, na Kat?“ fragte sie. Das Gartenhaus, worin der kranke Bruder wohnte, war rechtlich ein Zubehör der an Hinnerk gefallenen Landstelle. Zur Wohnung für Menschen eingerichtete Nebengebäude fallen unter den Gattungsbegriff „Kate“.

„Wullt na Peter?“ wiederholte sie.

„Ja,“ erwiderte ihr Mann, die Mühe in der Hand.

„Bon wegen des Testaments?“

„Ja.“

„Sollte es nötig sein?“

„Das ist doch.“

„Es gibt viele Kosten, und es ist jeden Tag was zu bezahlen.“

„Das magst wohl sagen, aber da ist doch wohl nichts bei zu machen.“

„Du mußt wissen, Hinnerk,“ erwiderte sie und stand, das Wischtuch in der Hand. „Früher habt ihr es nicht für nötig gehalten. Es gibt Kosten und Stempel und auch noch Steuer; zu bezahlen ist jeden Tag, und mein seliger Vater pflegte zu sagen: Affaten un Uhrmaters, wenn die einem begegnen, denn man forts dörchn Ant!“

Maleen sprach selten so viele Worte auf einmal, und auf Erzählungen und Gleichnisse ließ sie sich sonst gar nicht ein. Die Rede machte ihren Mann nachdenklich, er nahm langsam seine Mühe und sagte halb für sich und halb zu Maleen: „Je, noch wert Lieb.“ — Und dann ging er aus der Tür, den Kranken aufzusuchen.

(Fortsetzung folgt.)